

# Kommunal – Information

01.10.2011

**kommunalpolitisches forum  
Sachsen-Anhalt e.V**

---

[www.kf-Isa.de](http://www.kf-Isa.de)

[Mitglied werden](#)

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

---

## Inhalt

### 1. Themen

#### 1.1 Daseinsvorsorge

#### 1.2 Kommunen und Finanzkrise

#### 1.3 Kommunales Recht und Rechtsprechung

#### 1.4 Verschiedenes

### 2. Problemfelder aus Landtag und Landesregierung

### 3. Veranstaltungen

### 4. Veröffentlichungen

## 1.1 Daseinsvorsorge

### [Die Wertstofffassung gehört in kommunale Hand](#)

Die Bundesregierung plant die bundesweite Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne. Um ein Konzept zu entwickeln, das möglichst alle Beteiligten (Kommunen, Entsorger, VerbraucherInnen, Handel) tragen, hat das Bundesumweltministerium (BMU) ein Planspiel durchgeführt. Bericht und Empfehlungen hierzu stehen noch aus. Doch bereits jetzt steht das Planspiel in der Kritik: es wird nicht ergebnisoffen diskutiert. Von den vier Organisationsmodellen, die die vom BMU beauftragten Gutachter beschrieben hatten, fanden nur zwei Modelle Eingang in das Planspiel. Eines der nicht zugelassenen Modelle ist das Modell einer Wertstofftonne unter kommunaler Verantwortung. [Hier geht es zu einer Pressemitteilung des vku.](#)

### [Erfahrungen aus Public Private Partnership - PPP](#)

Da die Engländer uns etwa fünfzehn Jahre an Erfahrungen mit PPP voraus haben, lohnt es sich, die Berichterstattung über Privatisierungen und PPP in den britischen Medien zu verfolgen. Jürgen Schutte hat den Bericht in der *Financial Times* zu PPP in Großbritannien für Gemeingut ausgewertet und kommentiert. [Eine wirklich lesenswerte Analyse!](#)

### [Kommunen und VKU fordern Korrekturen beim Kreislaufwirtschaftsgesetz](#)

Die Bundesregierung behauptet, das Europarecht zwingt zu einer Liberalisierung der gewerblichen Sammlung. Dem widersprechen der Bundesrat, die kommunalen Spitzenverbände, der VKU und zahlreiche Gutachter. Auch das Bundesverwaltungsgericht hat in einem Beschluss vom 4. Juli 2011 erneut betont, dass die derzeit geltenden Regelungen zu den kommunalen Überlassungspflichten und

zur gewerblichen Sammlung europarechtskonform seien. Damit hat das oberste deutsche Verwaltungsgericht sein Grundsatzurteil zur gewerblichen Sammlung aus dem Jahr 2009 bestätigt und der Bundesregierung deutlich widersprochen. Hier geht es zu einer [Meldung des Deutschen Städtetags](#) und hier zum [Gutachten der Kanzlei Gaßner, Groth, Siederer und Coll.](#)

### [Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und demografischer Wandel](#)

Das Verbundnetz für kommunale Energie ist ein Diskussionsforum ostdeutscher Kommunen. Am 28. August 2011 befasste es sich mit dem Thema: Länderübergreifende und interkommunale Zusammenarbeit - zentraler Weg für die Kommunen zur Bewältigung der demographischen, fiskalischen und energiepolitischen Herausforderungen im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung. Studie des „Verbundnetz für kommunale Energie“: Mit struktur- und ressortübergreifenden Strategien die demografischen Herausforderungen meistern. Eine Bestandsaufnahme mit dem Schwerpunkt kommunalwirtschaftliche Betätigung. Hier geht es zu [Thesepapieren](#) und hier [zur Studie](#).

## **1.2 Kommunen und Finanzkrise**

### [NRW-Kommunen sind ohne größeres Steueraufkommen kaum zu retten](#)

Ohne eine Erhöhung des Steueraufkommens ist die Krise der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nicht zu lösen. Relativ zur Wirtschaftsleistung liegt die Einnahmesituation heute spürbar unter dem Niveau Mitte der 1990er Jahre. Dabei weisen die Investitionen einen dramatischen Verlauf auf. Sie haben sich von 6 Mrd. Euro im Jahr 1992 bis 2008 halbiert. Gleichzeitig ist ein drastischer Anstieg der Kassenkredite von zwei Mrd. Euro (2000) auf fast 18 Mrd. Euro im letzten Jahr zu verzeichnen. [Eine Studie belegt](#), dass die NRW-Kommunen nicht über ihre Verhältnisse gelebt haben und mit Geld umgehen könnten.

### [Wie es für eine arme, schrumpfende Stadt aufwärts geht](#)

Altena (NRW) hat kein Geld und immer weniger Einwohner. Trotzdem geht es bergauf. Die Finanznot setzt ungeahnte Kräfte frei. In einer Gemeinschaftsaktion verlegten Altenaer ... [mehr](#)

### [Gemeindefinanzbericht 2011: Weniger Defizite – aber die Strukturkrise bleibt](#)

Nach den starken Rückgängen der Gewerbesteuer durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch durch Steuerrechtsänderungen wuchs die wichtigste Steuer der Städte erstmals 2010 wieder um 10 Prozent auf 35,7 Mrd. Euro, für 2011 wird ein Ergebnis von 39 Mrd. Euro erwartet. Als Folge der raschen Erholung könnte der Rekordwert von 41 Mrd. Euro des Jahres 2008 vielleicht schon bald wieder erreicht werden. Trotz dieser positiven Entwicklung kann für die Kommunalfinanzen keine Entwarnung gegeben werden: [ausgewählte Übersichten zur Entwicklung der Finanzen](#)

### [Keine Steuersenkungen auf Kosten der Kommunen](#)

Der Deutsche Städtetag hat in [einer Pressemeldung](#) eindringlich an die Bundesregierung appelliert, keine Steuerentlastungen mit neuen Steuerausfällen für die Kommunen zu beschließen.

## **1.3 Kommunales Recht und Rechtsprechung**

### [Urteil des BSG zu rechtswidrigen 1-Euro-Jobs](#)

Das Bundessozialgericht in Kassel hat ein Signal gegen den Missbrauch von 1-Euro-Jobs gesetzt. Wenn Jobcenter rechtswidrige 1-Euro-Jobs vermitteln, können Arbeitslosengeld-II-Beziehende mehr Geld für ihre Arbeit fordern, entschied das Gericht am Samstag. Der 4. Senat stellte damit klar, dass grundsätzlich die Behörde und nicht der Arbeitgeber für mögliche zusätzliche Zahlungen an 1-Euro-Jobber aufkommen muss ([Az.: B 4 AS 1/10 R](#)).

### [Neue Regelsätze: in wesentlichen Punkten verfassungsrechtliche Probleme](#)

Die neuen Regeln zur Bestimmung des Hartz-IV-Satzes verstoßen in wesentlichen Punkten gegen verfassungsrechtliche Vorgaben, so ein neues Rechtsgutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Insgesamt identifizieren die Wissenschaftler zehn Aspekte, die das neue Verfahren verfassungsrechtlich problematisch machen. Die wichtigsten Punkte sind [hier](#) zu finden. - [Hier geht es zu einer Broschüre, die das Gutachten beinhaltet.](#)

## Musterwiderspruch und -klagen

Harald Thomé hat auf seiner Seite [Musterklagen zum Regelsatz](#) für Erwachsene und Kinder, die der Deutscher Anwaltsverein erarbeitet hat, eingestellt

## 1.4 Verschiedenes

### Kommunalpolitiker bekommen Entschädigungen, kein Gehalt

Viel Zeit muss mitbringen, wer sich in der Kommunalpolitik engagieren will. Eine Sitzung des Kreistags kann unter Umständen fünf Stunden dauern. In den Ausschüssen geht es ... ➔[mehr](#)

### Das ist der Kern des Mandats"

Professor Raimund Wimmer macht sich für das „Politiker-Befragungsportal“ Abgeordnetenwatch stark. Wimmer, der bis zu seinem Ruhestand Partner der Bonner Sozietät ... ➔[mehr](#)

### Nachhilfe für Politiker

Mandatsträger der Stadt Bonn, die in Aufsichtsgremien von städtischen Gesellschaften sitzen, sollen künftig fit gemacht für ihre Aufgabe. Die Stadt will dazu immer zu Beginn einer ... ➔[mehr](#)

### Wohnungsmarktprognose 2025

Die [Wohnungsmarktprognose 2025 des BBSR](#) bietet auf 150 Seiten einen Überblick über die Entwicklung der Wohnungsmärkte in der Bundesrepublik. Die Berechnungen auf Kreisebene zeigen, welche Wohnungsteilmärkte in Zukunft schrumpfen, welche sich moderat entwickeln werden und wo Engpässe zu erwarten sind.

## 2. Problemfelder aus Landtag und Landesregierung

- **Wulf Gallert zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes für die Jahre 2012 / 2013 sowie zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2012 und 2013**

Die Beratungen zum Doppelhaushalt 2012/2013 finden in einer außerordentlich spannenden Zeit grundsätzlicher finanzpolitischer Entwicklungen, nicht nur im Land Sachsen-Anhalt, sondern auf der Bundes- vor allem aber auf der... **MEHR**

- **Gerald Grünert zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Gesetzes über die Verbandsgemeinden in Sachsen-Anhalt**

Damit öffentliche Daseinsvorsorge auch zukünftig gewährleistet werden kann, muss der kommunale Finanzausgleich grundsätzlich neu strukturiert werden. Die bisherigen Debatten um den kommunalen Finanzausgleich verdeutlichen, dass... **MEHR**

- **André Lüderitz zu „Brenntagen in Sachsen-Anhalt abschaffen“**

Der Antrag hat Charme und Kollege Weirich hat sich eines Berichtes des Landesamtes für Umweltschutz (LAU) aus dem November 2009 erinnert. Dieser hebt auf den unmittelbaren Zusammenhang von erhöhten Feinstaubbelastungen und... **MEHR**

- **Gerald Grünert zum Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung**  
Der vorliegende Gesetzentwurf soll als einzige Regelung die Abschaffung der verschärften Subsidiaritätsklausel im kommunalen Wirtschaftsrecht, welche am 16.07.2003 mit dem Zweiten Investitionsbeschleunigungsgesetz eingeführt... **MEHR**

- Mit **Drucksache 6/447** lagen dem Landtag 2 Kleine Anfragen zur mündlichen Beantwortung vor, die sich auf kommunalpolitisch relevante Themen in der Landespolitik von Sachsen-Anhalt bezogen.

**Angelika Hunger (MdL)** thematisierte in ihrer kleinen Anfrage die **Rücklagenbildung bei Kreisen mit doppischer Haushaltsführung**. Einleitend führte sie dazu aus: „Der Landkreis Saalekreis hat trotz Senkung der Kreisumlage um 1%-Punkt im Erfolgsplan des Haushaltes 2011 einen Überschuss ausgewiesen. Die Einnahmen aus der Kreisumlage werden ab 2012 so erheblich zurückgehen, dass ein Ausgleich des Erfolgsplanes spätestens ab 2013 nicht mehr gegeben ist. Der Landkreis hat Investitionen in große Schulbauprojekte begonnen, deren Finanzierung sich über mehrere Folgejahre erstreckt, dabei die Rücklagen aufbrauchen wird und noch erheblichen Kreditbedarf erfordert.“

Wegen der durch Stark II eingeschränkten Möglichkeit der Kreditaufnahme hatte der Kreistag deshalb entschieden, diesen Überschuss zur Schuldensenkung zu verwenden und damit auch den Aufwand für den Schuldendienst zu senken. Das Landesverwaltungsamt hat dies nicht genehmigt und den Kreis beauftragt, einen Nachtragshaushalt aufzustellen und die Kreisumlage in Höhe des Überschusses zu senken, da ein Überschuss im Erfolgsplan unzulässig sei und somit eine zu hohe Kreisumlage erhoben worden sei.“

**Im Anschluss stellte Angelika Hunger folgende Fragen:** „Alle Landkreise erheben zur Finanzierung ihrer Aufgaben eine Kreisumlage. Wie sollen die Landkreise die in der Gemeindeordnung verankerte Pflicht zur Rücklagenbildung erfüllen, wenn nach Auffassung des Landesverwaltungsamtes dazu nicht auch Mittel aus der Umlage eingesetzt werden dürfen? Besteht hier eine Regelungslücke für doppisch buchende Kreise, die ja Überschüsse aus dem Verwaltungshaushalt nicht dem Vermögenshaushalt zuführen dürfen? Das Landesverwaltungsamt hat zugelassen, dass der Überschuss im Nachtragshaushalt auch anderweitig aufgezehrt werden kann. Wie ist eine solche Empfehlung einer Aufsichtsbehörde, die zu ungeplantem Mehraufwand und auch Schuldenausweitung führt, mit einer wirtschaftlich orientierten Ausgabeplanung eines Landkreises vereinbar?“

**Entsprechend eines vorläufigen Protokollauszuges (nicht zitierfähig!) antwortete im Namen der Landesregierung Holger Stahlknecht als Minister für Inneres und Sport wie folgt:**

„Zunächst ist anzumerken, dass die Kreisumlage darauf ausgerichtet ist, Bedarfe des Kreises durch eine solidarische Umlage der kreisangehörigen Gemeinden zu finanzieren, für die der Kreis keine eigenen Mittel hat. In § 67 Absatz 2 der Landkreisordnung heißt es dazu: ‚Soweit der Haushalt des Landkreises nach dem System der doppelten Buchführung geführt wird, kann der Landkreis, soweit seine sonstigen Erträge nicht ausreichen, um seine Aufwendungen zu decken, von den kreisangehörigen Gemeinden ... eine Umlage erheben.‘ Diesem Ansatz steht die Erhebung einer Umlage zur Ansammlung einer Rücklage systematisch entgegen; denn Rücklagen sind keine Aufwendungen. Insofern ist die Argumentation des Landesverwaltungsamtes zutreffend. Gleichwohl prüfen wir im Ministerium für Inneres und Sport unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände derzeit, inwieweit eine Modifizierung sinnvoll erscheinen könnte. Es ergibt sich die Frage, inwieweit Fehlbeträge aus anderen Abrechnungszeiträumen in die Erhebung einer Umlage einbezogen werden können und inwieweit sozusagen im Umkehrschluss durch die Bildung von Rücklagen Fehlbeträge vermieden werden können sollen. Darüber wollen wir diskutieren. Ich habe neulich gesagt, dass wir eine neue Kommunalverfassung erarbeiten wollen. Dann werden wir eine eindeutige Antwort darauf geben, wie wir mit dieser von uns selbst aufgeworfenen Frage umgehen wollen.“

**Evelyn Edler (MdL)** erkundigte sich nach den von der Landesregierung angekündigten zusätzlichen Mittel in Höhe von 30 Millionen € für Maßnahmen zur Abwendung von Schäden und Gefahren infolge von Vernässungen und Erosionen.

**Im Vorfeld der Landtagssitzung erklärte Landesfinanzminister Bullerjahn (SPD) am 5. Oktober 2011 in der Pressemitteilung Nr.: 034/11,** dass im November der Entwurf für einen Nachtragshaushalt für das laufende Jahr vorgelegt werden soll. Der Nachtragshaushalt soll 110 Millionen Euro umfassen und noch in diesem Jahr ausgezahlt werden. Zur Abwendung von Schäden und Gefahren infolge von Vernässungen und Erosionen sollen die Kommunen davon 30 Millionen erhalten. Wie dies umgesetzt werden soll bleibt auch nach der Fragestunde abzuwarten.

### 3. Veranstaltungen

**22.- 23.10.2011 Kommunalpolitisches Wochenendseminar**

**Veranstalter:** „kommunalpolitische forum“ Sachsen- Anhalt e.V.

**Ort:** Naumburg (Jugendherberge)

**19.11.2011**

**Veranstaltung zu Haushalts- und Finanzfragen der Stadtfraktion „DIE LINKE“**

**Veranstalter:** „kommunalpolitische forum“ Sachsen- Anhalt e.V.

**Ort:** Staßfurt

**29.11. 2011**

**Neue Bürgergesellschaft – repräsentative Demokratie und Bürgerbeteiligung**

Veranstalter: [bvöd](#)

Ort: Berlin

**Weitere Veranstaltungen sind in den Regionen Jerichower Land und Wittenberg noch im November vorgesehen.**

**Hier bitte die örtlichen Veranstaltungshinweise beachten!**

## 4. Veröffentlichungen

### [Kommunale Daseinsvorsorge in der Wasserwirtschaft. Auswirkungen der Privatisierung am Beispiel der Wasserbetriebe des Landes Berlin](#)

Frank Huesker - 350 Seiten, oekom verlag München, 2011, ISBN-13: 978-3-86581-274-2

Mit den 1999 teilprivatisierten Berliner Wasserbetrieben steht in dieser Publikation Europas größtes privatisiertes Wasserunternehmen im Fokus einer Analyse, aus der sich wertvolle allgemeine Erkenntnisse für die Organisation von Daseinsvorsorge gewinnen lassen.

<http://www.oekom.de/nc/buecher/neuerscheinungen/buch/kommunale-daseinsvorsorge-in-der-wasserwirtschaft.html>

### [Handbuch innovative Kommunalpolitik für ältere Menschen](#)

Der demografische Wandel findet in den Kommunen statt. Um den Anforderungen gerecht werden zu können, müssen Kommunen die Perspektive auf das Alter(n) wechseln und die Potenziale und Partizipationswünsche ihrer älteren Bürger\_innen nutzen. Dabei spielen sozialräumliche, quartiersbezogene und zielgruppenspezifische Strategien eine bedeutende Rolle. Das Handbuch bietet fundierte Einführungen in aktuelle politische Konzepte und stellt 46 innovative Praxisbeispiele aus sechs zentralen Handlungsfeldern vor. Die Beiträge geben Orientierungshilfen und vielfältige Anregungen für alle Akteure in den Kommunen, die sich für eine neue und nachhaltige Politik für ältere Menschen engagieren!

[http://verlag.deutscher-verein.de/index.php?main\\_page=product\\_info&products\\_id=178&zenid=a60e856ebdd389b5da2d595246cf7674](http://verlag.deutscher-verein.de/index.php?main_page=product_info&products_id=178&zenid=a60e856ebdd389b5da2d595246cf7674)

### [Kommunale Zeitpolitik für Familien. Ansätze, Erfahrungen und Möglichkeiten der Praxis](#)

Chronische Zeitnot – das ist ein Zustand, den viele Familien in Deutschland bei Ihrem alltäglichen Versuch, Kinder, Erwerbsarbeit und die Pflege für ältere Angehörige miteinander zu vereinbaren, gut kennen. Die Bemühungen der Kommunen erstrecken sich – wenn überhaupt – meist auf Modellprojekte, zu einer tatsächlichen Umsetzung von Zeitpolitik für Familien auf lokaler Ebene haben sie jedoch nicht geführt.

Mit der vorliegenden Expertise der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins wird das Handlungsfeld der kommunalen Zeitpolitik anhand von Praxisbeispielen näher untersucht.

[http://verlag.deutscher-verein.de/index.php?main\\_page=product\\_info&products\\_id=179](http://verlag.deutscher-verein.de/index.php?main_page=product_info&products_id=179)

---

## Kontakte

### Gerald Grünert

Vorsitzender des „kf“ Sachsen-Anhalt  
Kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag  
Tel.: (03 91) 560 50 06  
Büro: Domplatz 6 - 9  
39104 Magdeburg  
Mail: [gruenert@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:gruenert@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)

### Siegfried Walter

Mitarbeiter des „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V.  
Tel.: (03 91) 7 34 82 00  
Fax: (03 91) 7 34 81 67  
Büro: Walther-Rathenau-Str. 57  
39104 Magdeburg  
Mail: [kf-lsa@t-online.de](mailto:kf-lsa@t-online.de)